

Gesellschaft Deutschland-Russland/Dagestan

zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Völkern der ehemaligen Sowjetunion e.V.

Region Oldenburg



Erklärung der Mitgliederversammlung vom 29. November 2023:

Abnutzungskrieg in der Ukraine gebietet Verhandlungsinitiativen

In der Erklärung der Mitgliederversammlung vom 17.05.2022 hatten wir zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ausgeführt:
„Die derzeit stattfindenden Eskalationen vergrößern und verlängern nur das menschliche Leid der Zivilbevölkerung und der ukrainischen wie der russischen Soldaten. Dringend notwendig sind jetzt ein Waffenstillstand und ein Verhandlungsfrieden durch „diplomatische Kreativität“ (Papst Franziskus). Verhandlungen setzen natürlich voraus, dass auf beiden Seiten Kompromissbereitschaft besteht. Die Weiterführung des Krieges ist keine Lösung.“

Die weitere Entwicklung hat uns leider Recht gegeben. Es hat sich ein Abnutzungskrieg mit Tausenden Opfern auf beiden Seiten entwickelt, ohne dass nennenswerte Geländegewinne für eine der Kriegsparteien zu verzeichnen sind. Damit bewahrheitet sich, was der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen gesagt hat: „Wenn das politische Ziel des Westens ein sogenannter Siegfrieden ist, bei dem der Westen Russland die Friedensbedingungen diktieren kann, dann sage ich: Dieses Ziel ist nicht erreichbar...“

Die Weiterführung des Krieges hat auch unermessliche Schäden an der Umwelt verursacht und die Klimakatastrophe beschleunigt. Dies ist auch deshalb hervorzuheben, weil die gegenwärtige Konfrontation in der internationalen Politik die ganze Menschheit gefährdet. Die gegenwärtigen Probleme des Klimas, aber auch der Krieg in Israel und Gaza-Gebieten, gebieten es, die Krisen zu beenden und Verhandlungslösungen anzustreben.

Die Forderung nach Waffenstillstand im Ukraine-Krieg und Wiederaufnahme der im April 2022 abgebrochenen Verhandlungen drängt sich deshalb immer mehr auf. Die Bundesregierung ist aufgefordert, hierzu geeignete Initiativen zu entwickeln und damit erste Schritte zur Wiederaufnahme der internationalen Kooperation und zu einer neuen Entspannungspolitik einzuleiten.